

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 06.2011

16.06.2011

Deutscher Personalräte-Preis 2012



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾**

Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel: Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)

Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,
unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 180/40 60 105
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Inhalt

Titel Deutscher Personalräte-Preis gibt Anerkennung und Wertschätzung	4
Kommentar Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks West, über den Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz	6
Meldungen Dienstvereinbarung zur Gesundheitsförderung beim Bundesministerium für Gesundheit abgeschlossen	7
Bund will mit Zuschlag um Fachkräfte werben	8
Aus den Ländern Rot/Grün will in Rheinland-Pfalz den sozial-ökologischen Wandel gestalten	9
Einschnitte beim Weihnachtsgeld in Hamburg abgemildert	10
In Mecklenburg-Vorpommern sollen Lehrer wieder verbeamtet werden	11
Personalrätekonferenz in Nordrhein-Westfalen fordert mehr Rechte für Personalvertretungen	12
Service 90 Jahre BBBank	14
Interview Hauptpersonalratsvorsitzender Udo Kertz über die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im Gesundheitsministerium	16
Aus den Gewerkschaften Potsdamer Forum 2011	17
Vermischtes Personalien: Neuer Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst im DGB-Bundesvorstand	18

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehbrock; Redaktion: Astrid Clauss, Barbara Haas, Bernhard Rutschke, Matthias Schlenzka, Dr. Karsten Schneider, Henriette Schwarz; Titelbild: DGB/Simone Neumann; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
„Personalräte kosten viel Geld und halten nur den Verkehr auf.“ Solchen oder ähnlichen Anfeindungen müssen sich Personalvertretungen zuweilen bei ihrer täglichen Arbeit stellen. Nicht immer lassen sich die Vorteile, die sich aus der Arbeit der Personalräte ergeben, klar herausstellen – und schon gar nicht in finanzieller Hinsicht. Der Erfolg von Personalratsarbeit ist oft nicht leicht messbar, denn gutes Betriebsklima und Zufriedenheit von Beschäftigten lassen sich meist nur mittelbar feststellen – zum Beispiel am Krankenstand der Belegschaft. Noch viel zu selten wird die Arbeit in betrieblichen Interessenvertretungen wertgeschätzt. Dabei erfordert die Arbeit in einer Personalvertretung – wie politisches und ehrenamtliches Engagement überhaupt – viel Ausdauer und Kraft. Trotz mancher Rückschläge setzen sich tausende Personalräte für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen ein. Dafür verdienen sie unseren Dank und Respekt. Mit dem Deutschen Personalräte-Preis soll das Engagement von Personalräten gesellschaftlich stärker hervorgehoben werden. Diese besondere Ehrung wurde im letzten Jahr erstmals vom Bund-Verlag als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung an Personalvertretungen verliehen. Die Resonanz war überwältigend positiv. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte nimmt den internationalen „Tag des öffentlichen Dienstes“ am 23. Juni zum Anlass, die preisgekrönten Projekte aus dem Jahr 2010 vorzustellen. Wir wollen Sie ermutigen, sich mit Ihren Projekten am nächsten Personalräte-Preis 2012 zu beteiligen. ■

Matthias Schlenzka
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand

Titel



Im kommenden Jahr lobt die Zeitschrift „Der Personalrat“ erneut den Deutschen Personalräte-Preis aus. Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Kommunen“ sollen Initiativen und Projekte aus den Jahren 2010 bis 2012 ausgezeichnet und gewürdigt werden. Ziel des Preises ist es, das Engagement von Personalräten gesellschaftlich stärker in den Vordergrund zu rücken und ihren innovativen Beitrag herauszustellen.

Initiator des zum zweiten Mal ausgelobten Deutschen Personalräte-Preises ist der Bund-Verlag mit seiner Zeitschrift „Der Personalrat“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist Partner des Preises. Auch die HUK-COBURG, eine Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes, engagiert sich als Partner für die Auszeichnung und stiftet wieder einen Sonderpreis. „Die überaus positiven Erfahrungen mit dem in 2010 erstmals verliehenen Deutschen Personalräte-Preis haben uns die Entscheidung leicht gemacht, den Preis erneut auszuloben“, erklärte der Geschäftsführer des Bund-Verlages Rainer Jöde. „Wir sind überzeugt, der Preis war längst überfällig.“

Wertschätzung und Anerkennung für die Preisträger

„Es ist höchste Zeit“, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock bei der ersten Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises im vergangenen Jahr. Der Preis honoriert das Engagement von Personalräten und soll andere Personalvertretungen dazu mo-



Gold geholt: Dorothea Schäfer, Irene Pasternak und Cetin Mogultay vom Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Schulministerium NRW. Foto: DGB/Simone Neumann

Engagement zahlt sich aus, ...

... im doppelten Sinne. Deswegen konnte Irene Pasternak für den Hauptpersonalrat (HPR) Gesamtschulen beim Schulministerium in Nordrhein-Westfalen den Preis in Gold entgegennehmen. Mit kluger Strategie und beharrlichem Einsatz hatte der HPR dafür gesorgt, dass sich die Entgeltlücke zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften, die sich mit dem Übergang vom Bundesangestelltentarifvertrag BAT auf den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) erheblich vergrößert hatte, wieder ein Stück schloss.

Was heißt da leistungsgemindert?

Wer bei der Stadtreinigung arbeitet, hat einen harten Job. Viele Fehlzeiten, Verschleiß und Leistungsminderungen sind keine Seltenheit. Der Personalrat der Berliner Stadtreinigung sorgte dafür, dass Arbeitsplätze für Menschen, die nur noch eingeschränkt leistungsfähig sind, geschaffen und ausgelagerte Tätigkeiten zurückgeholt wurden. Zur Ehre gab es den Personalräte-Preis in Silber. „Uns war es wichtig, auch

Deutscher Personalräte-Preis 2012

Zeitschrift „Der Personalrat“ zeichnet wieder innovative Personalratsarbeit aus

tivieren, sich innovativ und kreativ für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen. Das richtige Ambiente für diese besondere Ehre bot das Schöneberger Forum, die traditionelle beamtenpolitische Jahrestagung des DGB in Berlin. Die Laudatio der Vize-Chefin des DGB zeugte von Wertschätzung und Anerkennung, Respekt und Dank für alle Projekte, die eingereicht worden waren. 59 Personalräte hatten sich mit ihren Vorschlägen um den ersten Personalräte-Preis beworben.

Eine zehnköpfige Jury nominierte zwölf Projekte für die nicht dotierten Preise in Gold, Silber und Bronze sowie die Sonderpreise der HUK-COBURG und der DGB-Jugend. Sehrbrock betonte bei der Preisverleihung: „Je stärker die Belastung für die Beschäftigten wächst, desto wichtiger werden Personalräte.“

leistungsgeminderten Kollegen Anerkennung und Wertschätzung entgegenzubringen“, betonten der Personalratsvorsitzende Uwe Lommatzsch und der Vertrauensmann der Schwerbehinderten, Andre Steffen.

„Eines der dicksten Bretter, ...

... die ich je gebohrt habe“, bekannte Bernd Becker vom Hauptpersonalrat Polizei beim Innenministerium in Rheinland-Pfalz, als er den Personalräte-Preis in Bronze entgegennahm. Seit 2003 hatte sich der HPR für ein verbindliches Gesundheitsmanagement bei der Polizei des Landes eingesetzt. Denn der demografische Wandel und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit fordern ihren Tribut. Die enge Kooperation mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz und der lange Atem der Interessenvertretung überzeugten auch die Jury.

Schwanger im Berufsleben – ein Störfaktor?

Das fragte der Gesamtpersonalrat (GPR) beim Magistrat der Seestadt Bremerhaven, als er realisierte, wie wenig Vorgesetzte, personalführende Stellen, Personalräte und selbst Frauenbeauftragte über die Schutzrechte von schwangeren und stillenden Frauen wussten. Kein Wunder, dass die Schwangerschaft einer Beschäftigten eher als Problem denn als freudiges Ereignis aufgefasst wurde. „Die Schwangeren sollten sich wohlfühlen und nicht krank ausfallen“, so beschrieb Gesamtpersonalrätin Ingrid Sandhop, die das Projekt ins Rollen gebracht hatte, die Ziele. Die Initiative wurde mit dem Sonderpreis der HUK-COBURG gewürdigt.

Von Wahlmüdigkeit keine Spur

Im Frühjahr 2010 konnten bei der Bundesnetzagentur 110 Azubis eine neue Jugend- und Auszubildendenvertretung wählen. Der Gesamtpersonalrat (GPR) regte an, die Wahl mit einem Bildungsprojekt zu ver-

binden. Die Azubis sollten sich mit „Wahlen als Grundelement der Demokratie“ auseinandersetzen. Sie wurden mit der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung betraut. Der Erfolg war praktisch erfahrbar: Fast jeder dritte Azubi kandidierte. Und die Wahlbeteiligung lag bei über 90 Prozent. „Es hat Spaß gemacht“, sagte der stellvertretende GPR-Vorsitzende Jan-Jörg Bachmann, der für dieses Projekt den Sonderpreis der DGB-Jugend in Empfang nahm.

Weitere Informationen

„Die 2010 ausgezeichneten Projekte sollen Ansporn für Personalvertretungen sein, sich am Deutschen Personalräte-Preis 2012 zu beteiligen“, so der Geschäftsführer des Bund-Verlages, Rainer Jöde. Personalräte können sich ab sofort mit ihren Projekten bewerben. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2012. ■



Weitere Informationen und den Teilnahmebogen finden Sie im Internet unter www.DPRP.de

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer. Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

map-report
Februar 2010
Platz 1
„Jahrgang hervorstechende Leistungen“
Bestnote „bilanzstärkste Gesellschaft“
Bestnote „servicestärkster Versicherer“
Vergleich von Krankenversicherungen

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

Debeka

anders als andere

Kommentar



Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks West, über den Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz

Das Beamtenrecht muss dem Tarif folgen

Aus Sicht von DGB und Gewerkschaften hat die Koalition in Rheinland-Pfalz einen Vertrag mit viel Licht, aber auch mit Schatten vorgelegt. Die Schwerpunkte „Bildung“ und „aktive Arbeitsmarktpolitik“ aus der vergangenen Legislaturperiode werden fortgesetzt. Wir begrüßen, dass sich die Koalition ausdrücklich zur Bedeutung der Betriebs- und Personalräte sowie der Gewerkschaften bekennt.

Der Schatten des Vertrages liegt eindeutig über dem öffentlichen Dienst. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes finden noch nicht einmal in einer Zwischenüberschrift Erwähnung. Sie werden überwiegend im Kapitel „Finanzen – nachhaltige und sozial gerechte Konsolidierung“ abgehandelt. Und das Kapitel hat es in sich!

Die Koalitionäre bekennen sich zur Schuldenbremse und zur Haushaltskonsolidierung. Wir haben bereits die Einführung der Schuldenregel im Grundgesetz für den falschen Weg gehalten und auch die Änderung der Landesverfassung abgelehnt. Jetzt müssen wir mit den Folgen leben. Rheinland-Pfalz muss strukturell 220 Millionen Euro pro Jahr bis 2020 einsparen. Der Koalitionsvertrag gibt uns bereits einen Vorgeschmack darauf, was das in der Realität heißt.

Eine Vorgabe von 1 Prozent Besoldungserhöhung ab 2012 für die nächsten 5 Jahre wird von uns entschieden abgelehnt. Dies hat



nichts mit Planungssicherheit zu tun, geschweige denn mit „Verhandeln statt Verordnen“. 1 Prozent, das heißt, bei einer Preissteigerungsrate von unter Umständen weit über 2 Prozent, Reallohnverlust. 1 Prozent, das heißt Abkoppelung vom Tarifbereich und keinen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. 1 Prozent, das heißt Eingriff in die Tarifautonomie, denn für uns gilt: Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht und nicht umgekehrt. Die Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte soll auf 67 Jahre erhöht werden. Das lehnen wir ab! Wir fordern, die Prävention zu verstärken, die besonderen Altersgrenzen zu erhalten und für weitere Beschäftigtengruppen (z. B. Lehrer) verbesserte Regelungen zu schaffen. Ein weiterer Punkt ist der Stellenabbau. Hier muss gelten: Kein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik und Aufgabenreduzierung, ohne Einbeziehung der Beschäftigten, der Betriebs- und Personalräte und ihrer Gewerkschaften, ohne vereinbarte / tarifvertragliche, sozialverträgliche Lösungen. ■



DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



Meldungen

Bund

Wohlbefinden im Gesundheitsministerium

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesgesundheitsministeriums und seiner Geschäftsbereiche sollen lange gesund und leistungsfähig bleiben. Das ist das Ziel einer Vereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) zwischen Ministerium und Hauptpersonalrat. In Eckpunkten haben beide festgelegt, Gesundheitsförderung im Laufe dieses Jahres in allen Behörden des Ressorts einzuführen oder zu verbessern. Sowohl die Strukturen am Arbeitsplatz als auch die Verhaltensweisen der Beschäftigten sollen der Gesundheit förderlich sein. „Ein gutes und gesundes Arbeitsklima trägt zu einer höheren Arbeitsmotivation und zu mehr Wohlbefinden am Arbeitsplatz bei“, unterstreichen die Verhandlungspartner. Berücksichtigt werden Über- und Unterforderung, Stress, Demotivation ebenso wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Dienstherren sollen Angebote zur gesunden Ernährung, gegen das Rauchen und zum Schutz von Nichtrauchern schaffen. Projekte sollen der Entwicklung Rechnung tragen, dass die Zahl der älteren Beschäftigten zunimmt. „Denn der Erfolg der Gesamtorganisation hängt auch davon ab, inwieweit es gelingt, die altersbedingt unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen zu berücksichtigen“, heißt es in der Vereinbarung.

Ein Arbeitskreis in jeder Dienststelle wird sich um Planung und Umsetzung des BGM kümmern. Die jetzige Situation soll analysiert und daraus ein auf die Dienststelle zugeschnittenes Programm entwickelt werden. „Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eingeladen, sich aktiv an den gesundheitsfördernden Maßnahmen zu beteiligen und ihrerseits Vorschläge einzubringen“, heben die Initiatoren der Eckpunkte hervor. „Sie werden regelmäßig über Themen, Projekte und Termine des betrieblichen Gesundheitsmanagements informiert.“

Der Erfolg der Schritte zur Gesundheitsförderung wird jährlich überprüft, auch gemessen am Krankenstand. Der Vereinbarung waren zweijährige Verhandlungen vorausgegangen. ■

Startguthaben der Altersversorgung steigt

Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst haben ein Ergebnis zu den Startgutschriften gebracht. Etwa 15 Prozent der Versicherten, die am 31. Dezember 2001 noch nicht das 55. Lebensjahr erreicht hatten, erhalten ein höheres Startguthaben in der Altersvorsorge. Es errechnet sich aus dem persönlichen Versicherungsverlauf. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte die Gutschriften der Zusatzversorgungskassen nach einer Systemumstellung 2002 für unwirksam erklärt. Das Urteil betraf Menschen, die am 31. Dezember 2001 noch keine 55 Jahre alt waren. Hauptgründe der Entscheidung waren die Lücke zwischen den allgemeinen unverfallbaren Ansprüchen in der betrieblichen Altersversorgung und der Sonderbestimmung für die Systemumstellung im öffentlichen Dienst. Der BGH hatte insbesondere gerügt, dass Beschäftigte mit längerer Ausbildungszeit und deshalb späterem Einstiegszeitpunkt in das System keinen Höchstversorgungssatz erreichen können, weil der jährliche Versorgungssatz zu gering war.

In den Tarifverhandlungen haben ver.di und die Arbeitgeber nun vereinbart, dass der höchstzulässige Abstand zwischen den Prozentsätzen von Ansprüchen aus der allgemeinen Betriebsrente und der Regelung im öffentlichen Dienst bei 7,5 Prozent liegt. Versicherte müssen durch die Neuregelung keine höheren Umlagen befürchten. Der Tarifvertrag solle nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Beschäftigten führen, betont ver.di.

Auch Mutterschutzzeiten vor und nach der Geburt eines Kindes gelten als Umlage- und Beitragsmonate zur Zusatzversorgung. Homosexuelle, die eine eingetragene Lebenspart-

nerschaft geschlossen haben, sind durch den Tarifvertrag in der Zusatzversorgung Eheleuten gleichgestellt. Sie haben ebenfalls Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung. ■

Freiwillige sollen Bundeswehr stärken

Mit Bedauern sieht der verteidigungspolitische Sprecher der SPD die Bundeswehr auf dem Weg zu einer reinen Berufsarmee. Rainer Arnold kritisierte das in den Reformplänen des Bundesverteidigungsministers vorgestellte Freiwilligenmodell als „mutlos und nicht akzeptabel“. Nur 5.000 freiwillige Wehrdienstleistende einzuplanen bedeute, dass kein Wert gelegt werde auf kurze Zeit dienende Menschen als „strukturbildendes Element“.



Foto: digitalstock.de/V. Goegele

Arnold monierte: „In der Konsequenz ist dies eine irreversible Abkehr von der Förderung des freiwilligen Engagements.“ Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) habe leichtfertig die gesellschaftliche Chance verspielt, den freiwilligen Dienst in Zusam-

Meldungen

menarbeit mit den Ländern zu stärken und dafür gemeinsame Anreize zu schaffen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) nannte zum Beispiel verkürzte Wartezeiten auf einen Studienplatz und berufliche Qualifizierung.

Arnold hob die Möglichkeit hervor, Nachwuchsprobleme durch ein Freiwilligenmodell zu bekämpfen. „Aus den Kurzzeitdienern wird der Nachwuchs der Zeit- und Berufssoldaten von morgen rekrutiert.“ Als katastrophal erachtete er die Personaleinsparung in den Wehrverwaltungen. Dort sollen 20.000 Dienstposten wegfallen. „Gerade bei einer kleiner werdenden Armee bleibt der Verwaltungsaufwand fast unverändert“, sagte Arnold. „Zivilpersonal kann hier die Soldaten deutlich ent-

lasten.“ Die Truppenstärke soll bei 170.000 Zeit- und Berufssoldaten liegen. Einsparungen von 8,3 Milliarden Euro sind geplant.

Die Neustrukturierung des Verteidigungsministeriums hält Arnold nur für zum Teil gelungen. Zwar würden Doppelstrukturen abgebaut und Entscheidungswege schneller und kürzer, aber die Ausgliederung der Inspektore sei nicht nachvollziehbar. Das Ministerium verliere „wichtige Expertise“. ■

Bund wirbt mit Zuschlag um Fachkräfte

Der demographische Wandel und der sich abzeichnende Fachkräftemangel stellen den Bund vor neue Herausforderungen. Um seine Position im Wettbewerb um die klügsten

Köpfe zu stärken, legte das Bundesinnenministerium nun den Entwurf eines „Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ vor. So sollen die Einführung eines Personalgewinnungszuschlags sowie die Anerkennung von Kinderbetreuungs- und Pflegezeiten sollen die Attraktivität als Dienstherr steigern. Der DGB begrüßt die Gesetzesinitiative, kritisiert jedoch u. a., dass die Behörden die erforderlichen finanziellen Mittel zur Umsetzung aus ihrem eigenen Etat nehmen müssen. Zudem fordert er, dass der Personalgewinnungszuschlag ruhegehaltsfähig sein muss. Der Gesetzesentwurf wurde Anfang Juni vom Kabinett beschlossen. ■

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER
Beamtendarlehen.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-4871, Fax -814871
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger.de



Aus den Ländern



Mit der Landtagswahl am 27. März 2011 haben die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz einen eindeutigen Auftrag an Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Regierungsbildung gegeben. Die SPD in Rheinland-Pfalz ist trotz Einbußen weiterhin stärkste Fraktion und Kurt Beck der alte und neue Ministerpräsident.

Der Koalitionsvertrag setzt eindeutige Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt und hat durch die „Schuldenbremse“ gravierende Auswirkungen insbesondere im öffentlichen Dienst.

Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima wird für Rheinland-Pfalz die Energiewende beschlossen. Bis 2030 soll der Stromverbrauch bilanziell aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen im Rahmen der Gemeindeordnung sollen in diesem Zusammenhang erweitert werden.

„SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen in Rheinland-Pfalz eine Energieversorgung, die nachhaltig und innovativ ist, umweltverträglich und sicher, bezahlbar und – ganz wichtig – der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen in unserem Land verpflichtet. Die Koalitionspartner lehnen die Nutzung der Atomenergie ab. Wir setzen uns für den schnellstmöglichen Ausstieg auf der Grundlage des von den Ländern vorgelegten Gesetzentwurfs ein. Gleichzeitig betreiben wir den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und fördern Energieeffizienz und Energieeinsparung.“

Ministerpräsident Kurt Beck am 25. Mai 2011

zur Einhaltung der Schuldenbremse. Dies bedeutet strukturelle Einsparungen in Höhe von 220 Millionen Euro pro Jahr bis 2020.

Der überwiegende Teil der Einsparungen soll im öffentlichen Dienst erzielt werden. Folgende Maßnahmen sind bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen:

- 1 Prozent Besoldungserhöhung ab 2012 auf 5 Jahre
- Prüfauftrag zur Anhebung des Pensionsalters auf 67 Jahre
- Ausnahmeregelungen für besonders belastete Beschäftigtengruppen

„Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“

Rot-Grün in Rheinland-Pfalz

Gleichzeitig erfolgt ein eindeutiges Bekenntnis zum Industriestandort Rheinland-Pfalz, der im Dialog mit den relevanten Akteuren in einem „Masterplan Industrientwicklung“ weiterentwickelt werden soll. Die enge Zusammenarbeit und Finanzierung der gewerkschaftlichen Bildungs- und Beratungseinrichtung TBS wird fortgesetzt.

Die Koalition bekennt sich zu Tarifverträgen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen, Equal Pay und Equal Treatment in der Leiharbeit und will prekäre Beschäftigung eindämmen. Die Bedeutung von Betriebs- und Personalräten wird ausdrücklich anerkannt.

Im Kapitel „Gute Arbeit“ wird der gewerkschaftliche Vorschlag für eine Landesinitiative zur Fachkräftesicherung aufgenommen und außerdem sollen die vielfältigen Arbeits- und Ausbildungsmarktnitiativen gebündelt werden. Der Abschnitt über die Tarifeinheit als bestimmendes Prinzip lässt leier Interpretationen zu.

Das „Kapitel Finanzen“ befasst sich sowohl mit Einsparungen als auch mit der Verbesserung der Einnahmeseite. Die Koalition bekennt sich



■ Überprüfung der Strukturen/Stelleneinsparungen

■ rund 2.000 Lehrerstellen (zwei Drittel der sog. Demographischen Dividende, 1.000 Stellen werden zur Verringerung der Klassengröße gebraucht)

■ rund 500 Stellen im Polizeibereich (Zielzahl: 9.014)

■ rund 530 Stellen in der Vermessungs- und Katasterverwaltung

■ rund 300 Stellen in der Finanzverwaltung

■ Reorganisation der Justiz

Weitere Einsparpotenziale müssen durch die Ministerien generiert werden.

Die Koalitionäre wollen sich gemeinsam für eine Verbesserung der Einnahmeseite des

Landes einsetzen und z. B. Initiativen zur Vermögenssteuer, zur Erbschaftssteuer und zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes ergreifen. Einer Politik der Steuersenkungen wird eine eindeutige Absage erteilt. Die Grunderwerbssteuer soll auf 5 Prozent angehoben werden und der Steuervollzug durch den konsequenten Einsatz der Betriebs- und Außenprüfung der Finanzverwaltung verbessert werden. ■

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

Landesregierung plant Korrektur bei Altersgrenzen

Die neue grün-rote Landesregierung will Regelungen der Dienstrechtsreform 2010 in Baden-Württemberg rückgängig machen. Die Sonderaltersgrenzen für Beamtinnen und Beamte sollen neu gefasst werden „unter stärkerer Berücksichtigung der besonderen Anforderungen durch Einsatz- und Sonderbelastungen“. Die Vorgängerregierung hatte die Lebensarbeitszeit der Beschäftigten bei Polizei, Feuerwehr und im Justizvollzug von 60 auf 62 Jahre angehoben. Im Koalitionsvertrag kündigen Grüne und SPD zudem an, die Einschränkungen bei der Mitbestimmung zurückzunehmen und die Rechte der Personalvertretungen zu stärken und auszubauen. Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse, die sachlich nicht begründet sind, soll es nicht mehr geben. Bei der Polizei sind Neueinstellungen geplant. Im kommenden Jahr sollen mehr als die bisher geplanten 800 jungen Menschen eingestellt werden. Die Regierungskoalition will Teilzeit auch für Führungskräfte anbieten und dafür sorgen, dass Beruf und Familie besser vereinbart werden können. Sie denkt darüber nach, die Besoldung hin zur Familiengründungsphase zu verschieben. „Die Besoldung wird sich auch weiterhin an den Tarifergebnissen des öffentlichen Dienstes orientieren“, hält der Koalitionsvertrag fest. ■

Bayern

DGB: Minister muss Sparpläne stoppen

Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) soll die Sparbeschlüsse bei Beamtinnen und Beamten sofort zurücknehmen. Das fordert der Vorsitzende des DGB Bayern, Matthias Jena, nachdem die Höhe der Steuermehreinnahmen für 2011 bekannt ist. „Der Argumentation der Staatsregierung ist der Boden entzogen. Es gibt Spielräume im bayerischen

Haushalt“, unterstreicht Jena. „Für 2011 und 2012 sind jetzt 1,5 Milliarden Euro mehr da“, stellt er fest. „Was sollen die Beamten von ihrem Dienstherrn denken, wenn er sie jetzt immer noch hemmungslos schröpfen will?“ Fahrenschon solle die geplante Nullrunde aufgeben und stattdessen das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder auf die Beamten übertragen. Auch die übrigen Sparpläne hält Jena nicht für vertretbar: abgesenkte Eingangsbesoldung für Nachwuchskräfte, verlängerte Wiederbesetzungssperre und ausgesetzte Leistungsbezahlung. ■

Berlin

GdP: Zu wenig Polizisten für Einsatz in U-Bahnen

Der Einsatz von Polizistinnen und Polizisten zur Sicherheit in den Berliner U-Bahnen stößt bei der GdP auf heftige Kritik. Das Sicherheitskonzept des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) sei „Flickschusterei“ und „ein Schnellschuss im Wahlkampf“, urteilte der Landesbezirksvorsitzende Michael Purper. Jeweils 200 Polizisten und 200 Wachleute der Verkehrsbetriebe sollen auf U-Bahnhöfen Streife gehen. Damit reagierte Wowereit



Foto: digitalstock.de/M. Steinbach

auf die jüngsten brutalen Überfälle in Nahverkehrsstationen. Die zusätzlichen 200 Polizisten stehen laut Purper frühestens 2014 nach ihrer Ausbildung zur Verfügung. Bis dahin Beamtinnen und Beamte der Landeseinsatzreserve einzusetzen, sei ein Sicherheitsrisiko. Die etwa 60 Kräfte unterstützen nachts den Funkstreifen dienst bei besonderen Einsätzen wie gewalttätigen Krawallen oder Angriffen auf Dienststellen. „Jetzt rächt sich, dass der Senat in den letzten zehn Jahren 4.000 Polizisten eingespart hat“, sagte Purper. Kurzfristig sieht er zwei Lösungen: Der Senat müsse dafür sorgen, dass Beamte, die aus anderen Bundesländern nach Berlin zurückkommen wollen, unverzüglich ohne Tauschpartner wechseln können. Als zweite Möglichkeit sollen Polizeiangehörige für den Sicherheits- und Ordnungsdienst eingestellt und speziell in U-Bahnen eingesetzt werden. ■

Brandenburg

Gehaltsplus für Beamte angekündigt

Brandenburgs Beamtinnen und Beamte sollen von der Tarifierhöhung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst profitieren. Das Ergebnis wird zeit- und inhaltsgleich auf die Landesbeamten übertragen. Darauf verständigten sich Finanzminister Dr. Helmuth Markov (Linke) und Innenminister Dietmar Woidke (SPD) in einem Gespräch mit den Spitzen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Markov kündigte dazu einen Gesetzentwurf der Landesregierung an, der dem Landtag in Kürze zugeleitet werden soll. Er bezeichnete die Übernahme des Tarifergebnisses als „gerechten und fairen Schritt, mit dem die Landesregierung den Beamtinnen und Beamten trotz der enormen finanziellen Herausforderungen entgegenkommt“. Der GdP-Landesvorsitzende und Verhandlungsführer der Brandenburger Gewerkschaften, Andreas Schuster, bewertete das Gesprächsergebnis als „ersten wichtigen Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes“. Die Bezüge

Aus den Ländern

der Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sollen rückwirkend zum 1. April um 1,5 Prozent steigen. Sie erhöhen sich ab 2012 um weitere 1,9 Prozent. Außerdem steigen dann die Grundgehaltssätze um 17 Euro. ■

Bremen

Polizisten leiden unter Arbeitsbedingungen

Die GdP macht auf verstärkte gesundheitliche Folgen der Personaleinsparungen bei der Bremer Polizei aufmerksam. In einer Umfrage der GdP gaben 61 Prozent der Befragten aus dem Bereich der Schutzpolizei an, gesundheitlich unter verschärften Arbeitsbedingungen und Einsatzanforderungen zu leiden. Sie nannten Schlafprobleme, Essstörungen, Kopfschmerzen, psychische Erkrankungen und Erschöpfung als Folgen. Nach Angaben der GdP mussten zehn Prozent des Personals eines großen Reviers wegen eines Burn-out-Syndroms klinisch behandelt werden. Betroffene fühlen sich ausgebrannt und nicht mehr leistungsfähig. „In den letzten Jahrzehnten wurden das Engagement und die Motivation der Polizistinnen und Polizisten durch Personaleinsparungen missbraucht“, rügt der GdP-Landesvorsitzende Horst Göbel. „Immer weniger mussten immer mehr leisten.“ Allein von 2007 bis 2010 seien 135 Stellen eingespart worden. Das schlage sich auch in der Kriminalitätsbekämpfung nieder. Wie 78 Prozent der Umfrage-Teilnehmerinnen und Teilnehmer angaben, führen die steigenden Belastungen zu Einschränkungen bei der Präventionsarbeit. ■

Hamburg

Einschnitte beim Weihnachtsgeld abgemildert

Der Hamburger Senat kürzt das Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten nicht so stark wie beabsichtigt. Nach Gesprächen zwischen Senat und den gewerkschaftlichen Spit-

zenorganisationen bilanzierte der Vorsitzende des DGB Nord: „Die harten Auseinandersetzungen und Proteste haben sich gelohnt.“ Uwe Grund sprach von einem wichtigen Teilerfolg, „auch wenn es bei ungerechten und schmerzhaften Kürzungen bei den Sonderzahlungen bleibt“. Aktive Beamtinnen und Beamte sollen ein Weihnachtsgeld von 1.000 Euro bekommen, pro Kind zusätzlich 300 Euro. Ursprünglich waren nur 840 Euro allein für die unteren Besoldungsgruppen vorgesehen. Heftig kritisierte Grund jedoch, dass Pensionärinnen und Pensionäre bis zur Besoldungsgruppe A12 „mit einem Weihnachtsgeld von nur noch 500 Euro abgespeist werden sollen“. Die Sonderzahlungen, also Weihnachts- und Urlaubsgeld, sollen ab 2012 ins Monatsgehalt eingerechnet werden. Ein „positives Ergebnis“ ist für Grund, dass die Tarifierhöhung für Landesbeschäftigte auf die Beamten und Pensionäre übertragen wird. Sie können in diesem Jahr mit einem Gehaltsplus von 1,5 und 2012 von 1,9 Prozent rechnen. Zunächst hatte der Senat nur eine Einmalzahlung in Höhe von einem Prozent des Monatsgehalts angeboten. Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) will garantieren, dass die Tarifiergebnisse künftig zeit- und wirkungsgleich übernommen werden. Gegen die Finanzpolitik des zwischenzeitlich abgewählten CDU-geführten Senats und die Sparpläne im öffentlichen Dienst hatten die Gewerkschaften im Herbst demonstriert. ■

Hessen

Höhere Besoldung erst ab Oktober geplant

DGB und ver.di kritisieren, dass das Tarifergebnis zeitverzögert für die hessischen Beamtinnen und Beamten übernommen werden soll. Laut Gesetzentwurf von CDU und FDP steigen die Gehälter erst zum 1. Oktober um 1,5 Prozent und um weitere 2,6 Prozent im Oktober 2012. Im Tarifvertrag ist die Erhöhung zum 1. April 2011 und zum 1. März 2012 vereinbart.



Foto: © imageteam - Fotolia.com

Es stelle sich die Frage, warum ausgerechnet die Beamten ein halbes Jahr auf mehr Geld warten müssten, bemerkt DGB-Bezirkschef Stefan Körzell. Eine von Innenminister Boris Rhein (CDU) angekündigte zeit- und inhalts-gleiche Übernahme sehe anders aus, kritisiert ver.di-Landesbeamtensekretär Christian Rothländer. Außerdem ist nicht geplant, die Einmalzahlung von 360 Euro auch den Beamten zukommen zu lassen. Körzell zufolge leuchtet nicht ein, warum die Beamten ein finanzielles Opfer bringen sollen, obwohl der Finanzminister von einer wirtschaftsbedingt sehr guten Haushaltslage gesprochen habe. Die Gewerkschaften kritisieren außerdem das Gesetzgebungsverfahren, mit dem ihre Beteiligung umgangen werde. ■

Mecklenburg-Vorpommern

Lehrer sollen Beamte werden

Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Harry Tesch (CDU) will Lehrerinnen und Lehrer von 2012 an verbeamten. Bislang sind sie Angestellte. Mit seinem Vorschlag will Tesch im Wettbewerb der Bundesländer um qualifizierten Nachwuchs punkten. Attraktive Lebensbedingungen reichten nicht aus, um junge Lehrer im Land zu halten, argumentiert er. Nur mit einer Verbeamtung könne Mecklenburg-Vorpommern gegen andere Arbeitgeber bestehen. Nachbarländer wie Schleswig-Holstein und Hamburg bieten den Beamtenstatus. Wirtschaftsminister Jürgen Seidel bestärkte den Parteikollegen: „Wir fordern Unternehmen

Aus den Ländern

immer wieder auf, im Ringen um den Fachkräftenachwuchs attraktivere Rahmenbedingungen zu schaffen. Dieser Notwendigkeit muss sich auch die Landesregierung stellen.“ Der Präsident des Landesrechnungshofs mahnte, dass das Land auch Pensionsrückstellungen für die Beamten bilden müsse. Die GEW merkt an, dass die Vorschläge den Großteil der Lehrer nicht betreffen. Die Bedingungen müssten sich aber für alle verbessern. Der DGB hatte erst kürzlich angemahnt, dass Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb insbesondere der norddeutschen Länder aufholen müsse und eine höhere Besoldung für Junge gefordert. ■

Niedersachsen

Tariferhöhung gilt auch für Beamte

Niedersachsens Beamtinnen und Beamte bekommen rückwirkend zum 1. April höhere Bezüge. Der Landtag hat im Mai beschlossen, das Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Landes- und Kommunalbeamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Ihre Bezüge steigen um 1,5 Prozent in diesem und weitere 1,9 Prozent im kommenden Jahr. Für die Monate Januar bis März 2011 bekommen sie eine Einmalzahlung. Der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten außerdem gefordert, dass das Weihnachtsgeld wieder eingeführt werden soll. Der DGB setzte sich dafür ein, auch die Wochenarbeitszeit an die Tarifregelung von durchschnittlich 39 Stunden anzupassen. Für die Beamtinnen und Beamten gilt eine Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche. ■

Nordrhein-Westfalen

Landtag soll Rechte der Personalräte ausweiten

Der Vorsitzende des DGB Nordrhein-Westfalen (NRW) sieht das neue Personalvertretungsgesetz als Erfolg für gewerkschaftliches

Engagement. „Durch unseren stetigen Kampf für eine starke Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und zahlreiche Kampagnen und Demonstrationen haben wir dafür gesorgt, dass ein Großteil der gewerkschaftlichen Forderungen in den Gesetzentwurf aufgenommen wurden“, hob Andreas Meyer-Lauber bei einer Veranstaltung zum neuen Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) hervor. Auf Einladung von DGB und DGB-Bildungswerk diskutierten am 16. Mai 500 Personalrätinnen und -räte über das Thema „Neues LPVG NRW – Was passiert mit der Mitbestimmung?“. Auch Innenminister Ralf Jäger (SPD) und Mitglieder des Landtagsinnenausschusses waren zu Gast. Der Gesetzentwurf sei ein „wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, sagte Meyer-Lauber. Dem Gesetz fehlten allerdings noch einige Regelungen, um NRW zum „Mitbestimmungsland Nummer eins“ zu machen. Er setzte darauf, dass diese in den parlamentarischen Beratungen einfließen werden. Der DGB will sichergestellt wissen, dass die Mitbestimmungsrechte auch gegen widerstrebende Dienststellenleitungen durchgesetzt werden können. Bei umfassenden organisatorischen Veränderungen und „Verbetriebswirtschaftlichung“ sollen Personalräte mitentscheiden. Unverständnis äußert der DGB weiterhin darüber, dass die Landesregierung nicht die Mitbestimmung in der Landesverfassung dauerhaft verankert. ■

Rheinland-Pfalz

Lehrer nutzen Altersteilzeit am stärksten

Die Zahl der Beamtinnen und Beamten, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen, ist in Rheinland-Pfalz gesunken. Nach Einführung der gesetzlichen Regelung im Jahr 2007 nahmen 510 Menschen Altersteilzeit in Anspruch. Das geht aus dem zweiten Bericht der Landesregierung hervor, der die Wirkung der Bestimmungen überprüft. Bis 2009 stiegen die Neufälle bis auf 785. Im Jahr darauf nahm ihre Zahl um 40 Prozent ab, für 2011 werden rund



Foto: © contrastwerkstatt - Fotolia.com

440 Nutzerinnen und Nutzer erwartet – ähnlich viele wie 2010. Dem Bericht zufolge bilden Lehrerinnen und Lehrer mit weit über 80 Prozent den Großteil der Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit. Ein Gesetz eröffnete 2007 neue Möglichkeiten zum gleitenden Übergang in den Ruhestand. Es ist befristet bis Ende 2011. Gegenüber der vorherigen bundeseinheitlichen Regelung enthalten die Modelle ungünstigere Konditionen. ■

Saarland

Polizei droht Stellenabbau

Die von Wirtschaftsprüfern empfohlenen Einsparungen bei der saarländischen Polizei sind nach Auffassung der GdP „Horrorzahlen, jenseits aller Realisierungsmöglichkeiten“. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC sieht ein jährliches Sparpotenzial von 33 Millionen Euro. Das würde bedeuten, dass 600 Stellen entfielen. PWC analysiert im Auftrag der Haushaltsstrukturkommission die Kosten für den Polizeiapparat. Die Zahlen basieren auf einem Vergleich mit anderen Bundesländern. Nach Meinung des saarländischen GdP-Vorsitzenden Hugo Müller wäre eine in diesem Umfang verkleinerte Polizei nicht mehr funktionsfähig. Das Saarland sei nicht vergleichbar mit anderen Bundesländern wegen seiner Mischstruktur aus Flächenland und Stadtstaat. Dennoch ist mit Stellenstreichungen zu rechnen. Die von Innenminister Stephan Toscani (CDU) eingesetzte Arbeitsgruppe „Polizei 2020“ geht davon aus, dass etwa 300 Stellen wegfallen. GdP-Chef Müller zufolge wäre

Aus den Ländern

damit die „absolute Schmerzgrenze“ erreicht. Das Saarland beschäftigt knapp 3.000 Polizeibeamtinnen und -beamte. ■

Sachsen

GEW kritisiert Kürzungen an Hochschulen

Eine Abkehr von der Sparpolitik des Freistaats und eine öffentliche Diskussion über die zukünftige Hochschullandschaft in Sachsen fordert die GEW. Das Wissenschaftsministerium wickele die Hochschulplanung im Geheimen ab, kritisiert der stellvertretende Landesvorsitzende Marco Unger. Er moniert, dass kein solides Konzept vorgelegt worden sei, um darüber öffentlich zu diskutieren. Der Entwurf des Hochschulentwicklungsplans bis 2020 sieht Stellenstreichungen und Standortschließungen vor. In den Jahren 2013 bis 2016 sollen 300 Stellen abgebaut werden. Zwei kleinere Hochschulstandorte im Vogtlandkreis und in Mittelsachsen sollen geschlossen werden. Kürzungen im Hochschulbereich seien unvereinbar mit einer nachhaltigen Politik für die Zukunft des Freistaats, betonte Unger. Das habe eine Anhörung zur Hochschulentwicklung im Wissenschaftsausschuss des Landtags gezeigt. ■

Sachsen-Anhalt

Land will Tarifergebnis übertragen

Das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder soll weitgehend auch für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt gelten. Das Landeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2009/2010 beschlossen. Vorgesehen ist, die Einkünfte der aktiven Beamten und der Ruheständler um drei Prozent rückwirkend zum 1. März 2009 sowie einen Sockelbetrag von 40 Euro anzuheben. Im Jahr darauf steigen die Bezüge um weitere 1,2 Prozent. Nicht übertragen wird die Einmalzahlung von 40 Euro, die im Tarifbereich als Ausgleich für

die fehlende lineare Erhöhung im Januar und Februar 2009 vereinbart wurde. Laut Mitteilung der Staatskanzlei steigen außerdem die Bezüge der Beamten der höheren Einkommensgruppen planmäßig ab dem 1. Januar 2010 auf 100 Prozent der Besoldung in den westlichen Bundesländern. Für die unteren Gruppen wurden sie 2008 angeglichen. Die GdP fordert, dass die Beamtinnen und Beamten auch bei den Sonderzahlungen gleichbehandelt werden. Sie weist darauf hin, dass das Weihnachts- und Urlaubsgeld in den meisten Bundesländern im Gehalt inbegriffen sei. ■

Schleswig-Holstein

GEW: Strafen für Streikende sind überzogen

Die GEW kritisiert Schleswig-Holsteins Bildungsminister für eine „unverhältnismäßige Bestrafung“ von Streikteilnehmerinnen- und teilnehmern. Ein Rektor soll 500 Euro Strafe dafür zahlen, dass er sich an einem Streik gegen Stellenabbau und längere Arbeitszeiten beteiligte. Eine Konrektorin wird mit 300 Euro belangt. Nach Informationen der GEW drohen bis zu 40 Schulleitungsmitgliedern Konsequenzen. Der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn warf Minister Dr. Ekkehard Klug (FDP) vor, „mit überzogenen Geldstrafen für Untertanengeist in Schleswig-Holsteins Schu-

len zu sorgen“. Ihm fehle jegliches Augenmaß bei der Bewertung des Streiks im vergangenen Juni. Heidn sicherte Betroffenen juristischen Beistand der GEW zu. Sie hatte bereits Mitglieder von Schulleitungen unterstützt, die sich noch in der Probezeit befanden und ihre Posten verlieren sollten. Es gelang laut GEW in schwierigen Verhandlungen, dass sie ihre Stellen behalten konnten. Jedoch mussten sie ihre Probezeit verlängern. Unklar ist nach Mitteilung der GEW immer noch, wie das Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer ohne Leitungsaufgaben ausgeht. Heidn kündigte an, im Falle einer Bestrafung bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen. Die Richter hatten jüngst festgestellt, dass auch Beamtinnen und Beamte das Recht zu streiken haben. ■

Thüringen

Körzell: Besoldung endlich anpassen

Der DGB drängt Thüringens Finanzminister, die Tarifeinigung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auch auf die Landesbeamtinnen und -beamten zu übertragen. „Es ist ärgerlich, dass der Finanzminister sich bei diesem Thema einfach nicht rührt“, bedauerte der Vorsitzende des Bezirks Hessen-Thüringen, Stefan Körzell. „Wir haben ihn bereits zweimal angeschrieben und aufgefordert, die Besoldung der Beamten entsprechend zu erhöhen.“ Körzell kritisierte die Position von Dr. Wolfgang Voß (CDU), der erklärt hatte, eine Übertragung würde den Landeshaushalt zu stark belasten. Für die Haushaltslage seien nicht die Beamten verantwortlich, sagte Körzell. Die Landesregierung habe mehrfach betont, wie gut Thüringen die Wirtschafts- und Finanzkrise gemeistert habe. Das sei auch der guten Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verdanken. „Die Tarifbeschäftigten haben ihre Erhöhung bekommen. Das Ergebnis jetzt nicht zu übertragen, bedeutet eine Schlechterstellung der Beamten, und das ist mit nichts zu rechtfertigen.“ ■



Foto: Barbara Dietz-Becker



90 Jahre dem öffentlichen Dienst verbunden

BBBank – Die Beamtenbank

Von einem Postbeamten im Jahr 1921 gegründet, feiert die BBBank in diesem Jahr ihren 90. Geburtstag. Im Jubiläumsjahr blickt die ehemalige Badische Beamtenbank auf eine Geschichte zurück, die tief im Berufsbeamtentum verwurzelt ist. Bis Mitte 1969 musste man „Beamter“ sein, um Mitglied der BBBank werden zu können. Danach öffnete sich die Bank auch für Tarifkräfte des öffentlichen Dienstes. Schon wenige Jahre später weitete die Bank ihren Kundenkreis auch auf den privaten Sektor aus.



Gotthold Mayer an seinem 80. Geburtstag

Der Vorstandsvorsitzende der BBBank, Dr. Wolfgang Müller, weist gerne darauf hin, dass man als Kunde der BBBank auch Mitglied der Genossenschaft ist. Mit einem Betrag von 15 Euro ist das Mitglied dann „Anteilseigner“ der Bank. Die Zufriedenheit der Kunden ist dem Vorstandsvorsitzenden, Dr. Wolfgang Müller ein besonderes Anliegen. Der Bankchef denn gerade kürzlich erhielt die BBBank die Auszeichnung „Beste überregionale Privatbank des Jahres 2011“.



Fast jeder zweite Kunde der BBBank kommt aus dem öffentlichen Sektor. Keine andere Bank in Deutschland kann einen höheren Anteil im öffentlichen Dienst vorweisen. „Mit dem Bezügekonto unterstreichen wir nicht nur begrifflich unsere Nähe zu den Beamten und dem Öffentlichen Dienst“, äußert sich der Direktor Achim Hoffmann auch für die zukünftige Entwicklung der Bank als Partner im öffentlichen Dienst zuversichtlich. Seit der Einführung des Bezügekontos im Jahre 2007 hat sich der Anteil von Neukunden aus der öffentlichen Verwal-

tung bei der BBBank mehr als verdreifacht. Allein im Geschäftsjahr 2010 konnte die BBBank mehr als 18.000 neue Kunden gewinnen. Die Spezialisierung auf den öffentlichen Dienst ist aber untrennbar mit der Bereitschaft der Bankmitarbeiter verbunden, sich auf die besonde-

„Anliegen und Wünsche unserer Kunden verstehen wir als Impuls, bestehende Strukturen zu überdenken und unsere Leistungen kontinuierlich den sich ändernden Anforderungen und Bedürfnissen am Markt anzugleichen.“

Dr. Wolfgang Müller

ren Themen von Beamten und Tarifkräften einzustellen. Beamte legen eben besonderen Wert auf gute Sachkenntnis und hohe Kompetenz. Die BBBank ist auch Partner beim RentenPlus des DGB und der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Im Rahmen der Altersvorsorge von Beamten bietet die BBBank den Gewerkschaftsmitgliedern besonders vorteilhafte Sonderkonditionen an.

Als einzige Bank in Deutschland hat die BBBank ein Verbandskonto speziell für die Gewerkschaften entwickelt. Mit dem Verbandskonto können die Gewerkschaften und oder ihre zigtausend Gliederungen



BBBank-Filiale in Karlsruhe



Dr. Wolfgang Müller ist seit 2002 Vorstandsvorsitzender der BBBank

→ auf regionaler Ebene (Bezirke, Landesverbände, Ortsverbände) ein Konto einrichten, das man online verwalten kann. Selbst das Vier-Augen-Prinzip (Vorsitzender und Kassierer) kann online abgewickelt werden.

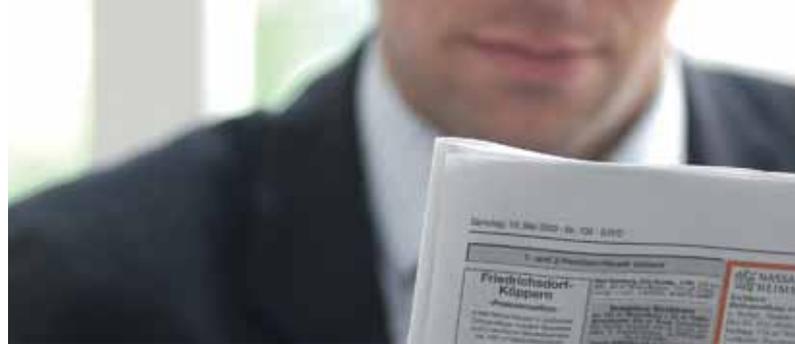
Die Verbundenheit zu den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften dokumentiert die BBBank seit vielen Jahren als Partner und Aussteller beim Schöneberger Forum. Gerade im 90. Jubiläumsjahr der BBBank hat man sich für die Teilnehmer dort etwas Besonderes einfallen lassen. ■

Bezügekonto für Beamte und den öffentlichen Dienst

- /// Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und Bank-Card
- /// Regelmäßiger kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- /// kostenfreier E-Mail-Newsletter mit Themen zum öffentlichen Sektor
- /// Exklusive Einladungen zu Veranstaltungen rund um den öffentlichen Dienst
- /// Kostenlose Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank, an über 2.500 Geldautomaten der CashPool-Partner sowie in den REWE-Einkaufsmärkten.
- /// Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 19.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes
- /// Abruf-Dispokredit mit bis zum 6-fachen ihrer Nettobezüge
- /// Zinsen aktuell 7,99 % p. a.
- /// Flexible Rückzahlung
- /// Keine Abschlussgebühr

BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst



Kleinanzeigenmarkt

Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter www.das-rentenplus.de

Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter www.bezuegekonto.de

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de

Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter www.einkaufsvorteile.de/bsw

Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter www.beamtenkredite-online.de

Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung
Anmeldungen unter www.die-oeffentliche-verwaltung.de

Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro
Bestellungen unter www.die-beihilfe.de oder per Tel.: 0211 7300335

OnlineService für den öffentlichen Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter www.dbw-online.de

Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter www.urlaubsverzeichnis-online.de



DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



Interview



Am 27. Mai 2011 haben der Hauptpersonalrat beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Staatssekretär im BMG, Stefan Kapferer, eine Dienstvereinbarung über „Eckpunkte zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ abgeschlossen (Siehe Meldungen, S. 7). Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ sprach mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats im BMG, Udo Kertz, über die Vereinbarung und den langen Weg dahin.



gesetzt, deren Ergebnisse wir noch nicht kennen, deren Einsetzung alleine aber die Richtigkeit unserer Position bedeutete: Nicht irgendetwas machen, sondern wenn etwas gemacht wird, muss es systematisch gemacht werden.

Es hat dann in der Folge mehrere Gespräche mit Minister

Der Anfang des Jahres veröffentlichte Gesundheitsförderungsbericht des Bundes hat für die Bundesverwaltung einen deutlichen Anstieg der krankheitsbedingten Fehlzeiten auf 7,08 Prozent aufgezeigt. Wie ist die Situation im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit?

Im gesamten Ressort haben wir einen Anstieg des Krankenstandes von 5 (circa 14 Krankentage) auf 5,5 Prozent. Damit liegen wir unter dem Trend in der gesamten Bundesverwaltung, wonach der Krankenstand seit 2006 kontinuierlich angestiegen ist – auf jetzt 17,5 Krankentage pro Beschäftigtem (Gesundheitsförderungsbericht, S. 44f). Nach der Beobachtung verschiedener Personalräte im Ressort scheint es jedoch so zu sein, dass Leistungsträgerinnen und -träger – wenn sie denn krank werden – längerfristig erkranken.

und Staatssekretär gegeben, die offensichtlich für einen gewissen Druck gesorgt haben. Eine Verhandlungskommission wurde gebildet, der Abschluss war die Unterzeichnung Ende Mai.

Welche konkreten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung wurden in der Vereinbarung festgelegt?

Es wird die Verantwortung aller Akteure betont, die der Dienststelle und der Beschäftigten. Die Umsetzung soll in allen Dienststellen bis Ende 2011 begonnen werden. Sie erfolgt dezentral, in eigener Zuständigkeit der jeweiligen Dienststelle. Dem Ministerium obliegt eine gewisse Supervisor-Funktion. Den Führungskräften kommt eine besondere Funktion zu, weil ihr Handeln durchaus erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der Beschäftigten haben kann. In allen Dienststellen

„Es wird die Verantwortung aller Akteure betont.“

Die abgeschlossene Vereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement hat einen langen Weg hinter sich. Welche Hindernisse gab es?

Das stimmt. Wir bemühen uns seit Jahren, das Thema Personalentwicklung voranzubringen. Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) ist ja ein Baustein davon. Zu den Hindernissen: Wir haben vor circa drei Jahren erkannt, dass eine alle Seiten bindende Vereinbarung notwendig ist. Wir haben daraufhin einen Entwurf erarbeitet, den die damalige Ministerin Ulla Schmidt gut fand, weniger jedoch wohl die Verwaltung des Hauses. Im Wesentlichen hieß es: Zu viel Aufwand, zu viele Gremien, wer soll das machen? Die Verwaltung hat dem in der Folge eine Schulungsveranstaltung für Führungskräfte entgegengestellt – mit einem Dozenten, der seine Handlungsfelder und -schwerpunkte in der Burnout-Prophylaxe sieht. Ob das im BMG unser Hauptproblem ist, lasse ich mal dahingestellt.

Mit Minister Dr. Rösler und Staatssekretär Kapferer bekamen wir Ende 2009 eine Leitung, die die Notwendigkeit von Personalentwicklung und BGM erkannt hat und deren Umsetzung einforderte. Zum Thema Personalentwicklung wurde Mitte 2010 eine Arbeitsgruppe ein-

wird ein Arbeitskreis Gesundheit (AKG) zur Planung und Umsetzung eingerichtet. Zu Sitzungen dieses AKG werden alle Gremienvertreterinnen und -vertreter eingeladen; bei Bedarf sollen auch die Fachkraft für Arbeitssicherheit, der/die Betriebsarzt/-ärztin und die Sozialberatung hinzugezogen werden. Insbesondere sind alle Beschäftigten eingeladen, sich aktiv an gesundheitsfördernden Maßnahmen zu beteiligen. Ferner ist geregelt, dass es sich nicht um ein statisches, einmal anzuwendendes Verfahren handelt, sondern ausdrücklich, dass ein Erfahrungsaustausch auch zwischen den Dienststellen des Ressorts stattfindet. So sollen auch in Zukunft neuere wissenschaftliche Erkenntnisse einfließen und eine Auswertung der Erfahrungen durchgeführt und daraus Erkenntnisse gewonnen werden. Mithin wird also das stattfinden, was man Qualitätssicherung nennt. ■

Zur Person

Udo Kertz ist Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium für Gesundheit.



Potsdamer Forum 2011

Der öffentliche Dienst in Deutschland erbringt für die Menschen und die Wirtschaft qualitativ hochwertige Dienstleistungen. Damit dies so bleibt, müssen sich die Politik und die öffentliche Verwaltung den veränderten gesellschaftlichen und finanziellen Anforderungen stellen. Wie diese Aufgabe zu bewältigen ist, stand im Mittelpunkt des diesjährigen Potsdamer Forums am 7. und 8. Juni unter dem Motto „Besserer öffentlicher Dienst – Besser für die Menschen“.

Angesichts der demographischen Entwicklung im öffentlichen Dienst werde es in den nächsten Jahren einen hohen Fachkräftebedarf geben, stellte Achim Meerkamp, Mitglied im Bundesvorstand der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bei der Eröffnung des Potsdamer Forums fest. Der im Bund und den Ländern stattfindende Personalabbau werde diese Situation insgesamt weiter verschärfen. „Der öffentliche Dienst muss hier umschwenken. Dazu brauchen wir eine veränderte Finanzpolitik“, fordert Meerkamp.

Ob die Schuldenbremse der richtige Ansatz ist, bezweifelte der Wissen-



Michael Sommer, Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Das Eröffnungsplenum des Potsdamer Forums

Fotos: Kay Herschelmann Photographie



Achim Meerkamp, Mitglied im Bundesvorstand der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di)

schaftler und Wirtschaftsweise Prof. Peter Bofinger in seinem Impulsreferat über „Die öffentlichen Finanzen in Deutschland“. Mit populistischen Statistiken wie der „Schuldenuhr“ werden Ängste vor einer unkontrollierbaren Staatsverschuldung geschürt – mit Auswirkungen auf die Finanzpolitik: „Deutschland lebt nach dem Prinzip der schwäbischen Hausfrau, das da heißt, ‚Wir geben nichts‘“, so Bofinger. Viel vernünftiger sei es, sich am Modell einer schwäbischen Unternehmerin zu orientieren. „Wie ein Unternehmen, sollte auch der Staat in die Zukunft in-

vestieren“, forderte Bofinger und sprach sich für Bildungsinvestitionen aus. Mit der Schuldenbremse nehme sich der Staat die Chance, als Zukunftsinvestor aufzutreten. Das sei fatal, denn die Staatsverschuldung habe sehr viel mehr mit den Einnahmen als mit den Ausgaben zu tun. Die Einnahmenseite zu verbessern, forderte auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Wer die Schuldenbremse ins Grundgesetz schreibt, muss auch für Steuermehreinnahmen sorgen, damit der Staat handlungsfähig bleibt“, so das Fazit von Sommer. ■

Personalia

Neuer Abteilungsleiter



Dr. Karsten Schneider ist seit dem 1. Juni 2011 neuer Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand. Der 40-

Jährige war zuvor in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung tätig, wo er für den öffentlichen Dienst und zuletzt für Mitbestimmung zuständig war. Schneider folgt auf Nils Kammradt, der im Januar 2011 in das parlamentarische Verbindungsbüro der GEW in Berlin gewechselt ist. ■

Mai 2011 eine Regelung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), nach der die Mutterschutzzeiten vor 1990 nicht in die Berechnung der Betriebsrente einbezogen wurden. Hintergrund der Entscheidung ist, dass das Mutterschaftsgeld steuerfrei gestellt war. Dadurch zahlte der Arbeitgeber keine Umlagen, was sich auf die Berechnung der Betriebsrente auswirkte. Dies verstoße gegen das Verbot der geschlechterbezogenen Diskriminierung, entschieden die Richter. Eine europäische Regelung hatte bereits ab 1990 solche Satzungen für unwirksam erklärt. Das BVerfG schafft mit dieser Entscheidung nun auch für die Zeit davor Rechtssicherheit. (AZ.: 1BvR 1409/10) ■

Aberkennung von Ruhegehalt wegen Bestechlichkeit

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz hat einem Beamten, der sich im aktiven Dienst bestechlich gezeigt hat, das Ruhegehalt aberkannt. Der inzwischen wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzte Beamte hatte in mehreren Fällen Sach- und Geldzuwendungen entgegengenommen und im Gegenzug überhöhte Abrechnungen als

sachlich richtig bestätigt. Das Verwaltungsgericht erkannte dem Beamten das Ruhegehalt ab. Die Berufung vor dem OVG hatte keinen Erfolg. Auch unter Berücksichtigung entlastender Umstände wiege das Dienstvergehen so schwer, dass die Aberkennung des Ruhegehalts zwingend geboten sei, so das Gericht. (AZ.: 11 A 10222/11.OVG) ■

Web-Tipp

Abschlussbericht zur Behördenrufnummer D115 veröffentlicht

Das Bundesministerium des Innern hat auf seiner Internetseite einen Abschlussbericht zum Projekt „D115 Einheitliche Behördenrufnummer“ veröffentlicht. Mit dem Projekt verfolgte die Bundesregierung das Ziel, deutschlandweit einen telefonischen Bürgerservice unter der dreistelligen Rufnummer 115 zu etablieren. Der Bericht dokumentiert wesentliche Ergebnisse und Erfahrungen, die in den Jahren 2007 bis 2011 während der Konzept- und Aufbauphase sowie während des zweijährigen Pilotbetriebs gemacht wurden. ■



Der Bericht kann unter www.bmi.bund.de als PDF-Datei abgerufen werden.

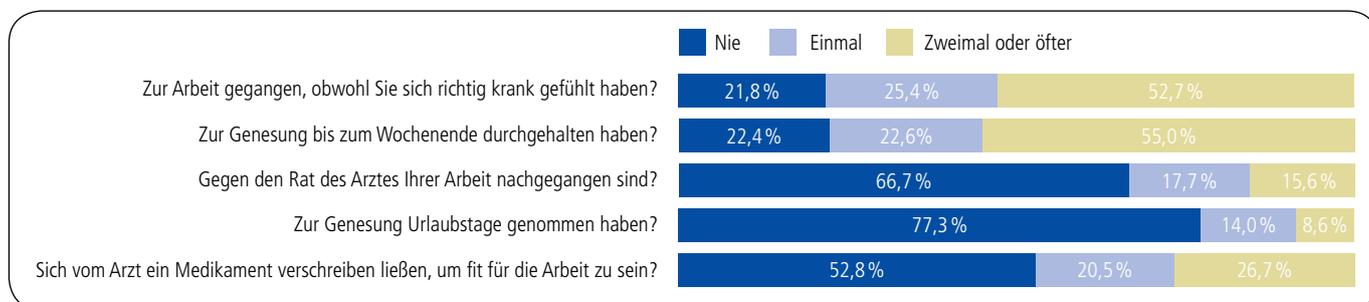
Urteile

Mutterschutzzeiten auch relevant für Betriebsrente

Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst, die vor 1990 Kinder bekommen haben, können mit mehr Betriebsrente rechnen. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) kippte am 17.

Zahlen, Daten, Fakten

Ergebnis einer Umfrage in 2009 zu gesundheitlichen Beschwerden von Beschäftigten im öffentlichen Dienst



Der DGB-Index Gute Arbeit ist eine bundesweit angelegte Repräsentativerhebung. Im Rahmen dieser Erhebung wurde in 2009 bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachgefragt: „Wie oft ist es bei Ihnen in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass Sie zur Arbeit gegangen sind, obwohl Sie sich richtig krank gefühlt haben?“ Das hier dargestellte Ergebnis der Umfrage belegt, dass die formale Arbeitsunfähigkeitsstatistik nur einen Teil der Wirklichkeit erfasst. Nach dem Gesundheitsförderungsbericht des Bundes für 2009 lag die krankheitsbedingte Fehlzeit in der Bundesverwaltung statistisch bei 7,08 Prozent.

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie geben täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit 140 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Krankenversicherung

Beamte versichern
sich privat

**Günstige Tarife – auch
für Beamtenanwärter –
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

Das beste Rezept:

- besonders günstige Beiträge (z. B. nur 149,27 € im Monat*)
- attraktive Beitragsrückerstattungen

* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter www.HUK.de

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2012**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig